

Zeichenerklärung

1. Festsetzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Art der bauilichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1-11 BauNVO)

Gewerbegebiet (§ 8 BauWO)

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

Geschoßflächenzahl

Grundflächenzahl

GH 11,0 m Gebäudehöhe über Oberkante Fahrbahn der Erschließungsstraße

Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22,23 BauNVO)

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsflächen Straßenbegrenzungslinie

Offentliche Parkfläche

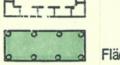
Verkehrsgrünflächen Geh-/Radweg

Grünflächen (§ 9 Abs.1 Nr. 15 BauGB)

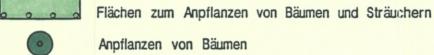
Extensivgrünfläche, öffentlich

sserflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Planungen und Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)



Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege und Entwick'ung von Natur und Landschaft



Anpflanzen von Bäumen

Sonstige Planzeichen

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

2. Darstellungen ohne Normcharakter

vorhandene bauliche Anlagen O vorhandene Grundstücksgrenzen ---- in Aussicht genommene Grundstücksgrenzen

Flurstücksnummern Höhenlinien

Böschungen

zu beseitigen

Teil B - Text

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 23. Januar 1990

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1,8 BauNVO)

(1) In dem festgesetzten Gewerbegebiet sind wesentlich störende Nutzungen (Betriebe, die den Abstandsklassen I bis V gemäß Abstandserlaß des Landes Nordrhein-Westfalen zugeordnet werden) nicht zulässig.

(2) Einzelhandelsbetriebe sind nur zulässig, wenn sie der Vermarktung von auf gleichem Grundstück produzierten Waren dienen.

2. Anschluß der Grundstücksflächen an die öffentlichen Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr.

(1) Für jedes Grundstück ist max. eine Zufahrt in einer Breite von max. 6,0 m zulässig. Ausnahmsweise dürfen zwei Zufahrten angeordnet wer den, wenn der Betriebsablauf dies erfordert.

(2) Zwischer Fahrbahn und Grundstücksflächen befindliche Parkstreifen, Grünflächen und Geh-/ Radwege dürfen für Zufahrten nach 4.1 unterbrochen werden.

3. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (§ 9 Abs. 1

(1) Die anzulegenden Extensivgrünflächen und Straßenbegleitgrünflächen sind extensiv zu pflegen. Um die Entwicklung von Hochstauden- und Saumgesellschaften zu begünstigen ist das Mähe von 6 m breiten Streifen entlang der Gehölzgruppen nur alle 4 Jähre vorzunehmen.

4. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25

(1) Auf den festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind folgende Bäume und Sträucher anzupflanzen und dauerhaft zu unterhalten: Haselnuß (corylus avellana), Heckenkirsche (Ionicerus xylosteum), Holunder (sambucus nigra), Feldahorn (acer campestre), Hainbuche (carpinus betulus), Hundsrose (rosa canina), Brombeere (rubus fructicosus), Schlehe (prunus spinosa), Hartriegel (cornus sanguinea), Weißdorn (crataegus moncyna), Gemeiner Schneeball (viburnum opulum), Vogelkirsche (prunus avium), Salweide (salix caprea), Eberesche (sorbus aucuparia), Pfaffenhütchen (eunonymus europea); einmal verschult, drei Sträucher pro qm und zusätzlich Stieleiche; dreimal verschult, Stammumfand 18-20 cm, ein hochstämmiger Baum pro 150 gm.

(2) Die festgesetzten Extensivgrünflächen ohne Pflanzgebote nach 6.1 sind mit einer Wiesenmischung anzusäen.

(3) Um das neuanzulegende Soll sind an den festgesetzten Orten Weiden und Erlen zu Pflanzen.

(4) An den festgesetzten Orten in den öffentlichen Verkehrsflächen sind, jeweils abschnittsweise einheitlich, Winterlinden (tilia cordata) oder Stieleichen (quercus robur) mit einem Stammumfang von 20-25 cm, viermal verschult, anzupflanzen und dauerhaft zu

(5) Mauern sind vollflächig mit Kletterpflanzen (Efeu, Wilder Wein, Kletterhortensie) zu begrünen oder derart mit Laubgehölzen (Pflanzen siehe 5. (1)) abzupflanzen, daß sie nicht mehr einsehbar sind.

5. Baugestalierische Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB und § 83 BauO)

oder Putzoberflächen auszuführen.

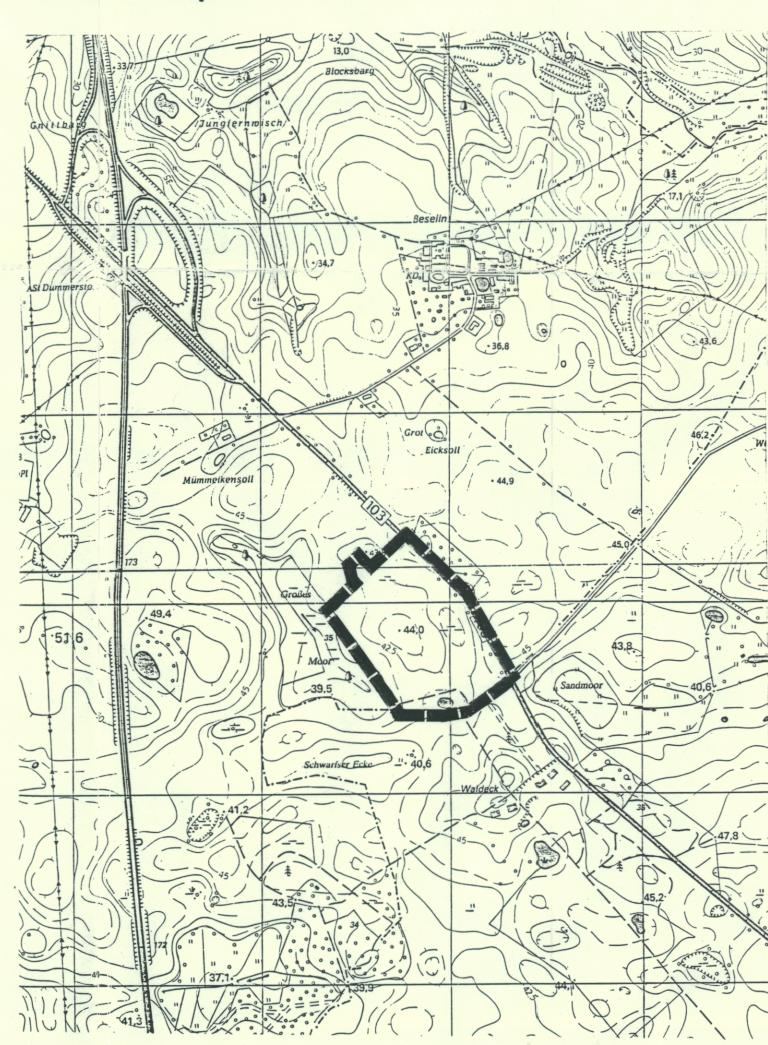
(1) Einfriedungen an Grundstücksgrenzen ohne Pflanzgebot nach 5.1 sind als mindestens zweireihige Laubholzhecken auszuführen. In der Hecke angeordnete Drahtzäune sind zu-

(2) Oberirdische Gas- und Olbehälter sowie Müllbehälter sind in einer geschlossenen Umkleidung unterzubringen, die mit einer Wand- und Dachbegrünung oder einer Holzverkleidung zu versehen ist.

(3) Für alle hochbaulichen Anlagen (außer Werbeanlagen) eines Baugrundstückes sind gleiche Materialien und Farben zu verwenden. (4) Außenwände sind nur als rotes oder rotbuntes Sichtmauerwerk oder mit vollflächig von Kletterpflanzen (Wilder Wein, Efeu, Kletterhortensie) begrünten Sichtbeton-, Waschbeton-

(5) Vom Erdhoden sichtbare Dachflächen sind nur mit roten Ziegel-, Pfannen-, oder Faserzementeindeckungen auszuführen.

Übersichtsplan M 1:10000



Hinweise

Der gesamte räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Trinkwasserschutzgebiet Zone III und ist vor Verunreinigungen zu schützen. Zuwiderhandlungen werden nach dem Wassergesetz geahndet.

Planungsgruppe Blanck Architektur Stadtplanung Landespflege Verkehrswesen Jungfernstieg 14 O-2300 Stralsund Tel. (0161)1442352 Mobiltel. (0172)4001363 Fax. (03841)611863

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 8. Dezember 1986 (BGBI. I S. 2253), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel XIV Abschnitt II Nr.1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBI, 1990 II S. 885, 1122), sowie nach § 83 der Bauordnung vom 20. Juli 1990 (GBI. I Nr. 50 S. 929) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 07.07.1992 und mit Genehmigung des Innenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 3 für das Gewerbeebiet in Beselin zwischen der Bundesstraße 103, der Gemeindegrenze zu Dummersdorf, dem großen Moor und der alten Ackerzufahrt (Grenze des Bebauungsplanes Nr. 1), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

Verfahrensvermerke:

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 09.10.1991. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom 10.10.1991 bis 28.10.1991 erfolgt.

Kessin, den 29.10.1991



Wuif, Bürgermeister

Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 3 BauZVO beteiligt worden.

Kessin, den 15.11.1991



Wulf, Bürgermeister

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs Satz 1 BauGB ist vom 12.12.1995 bis 23.12.1991 durchgeführt worden.

Kessin, den 27.12.1991



Wulf, Bürgermeister

Die von der Flanung berührten Träger öffentlicher Belange eind 22.11.1991 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Kessin, den 25.11.1991



Wulf, Bürgermeister

Die Gemeindevertretung hat am 26.03.1992 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Be gründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt

Kessin, den 27.03.1992



Wulf, Bürgermeister

Die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom 08.04.1992 bis zum 08.05.1992 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, in der Zeit vom 27.03.1992 bis 08.05.1992 durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden.

Kessin, den 11.05.1992



Wulf, Bürgermeiste

Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 07.07.1992 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

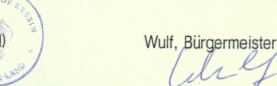
Kessin, den 08.07.1992



Wulf, Biirgermeister

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am 07.07.1992 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 07.07.1992 gebilligt.

Kessin, den 08.07.1992



Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlaß des Innenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 13.09.1993 Az. II 6606-512.113 mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt. und Hinweisen erteilt.

Kessin, den 21, 4, 93



Wulf, Bürgermeister

Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Beschluß der Gemeindevertretung vom erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Erlaß des In nenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom DUSTATIO

Kessin, den 21.4.93



Wulf, Bürgermeister

Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Kessin, den 21, 4, 93



Wulf, Bürgermeiste

Die Erteilung der Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind in der Zeit vom 23.4.93 bis zum 10.5.93 durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§§ 44, 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist am 10.5.93 in Kraft getreten.

Kessin, den 10. 5. 93



Wulf Bürgermeiste

Der katastermäßige Bestand am .. 20.11.1992... wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellungen der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgt, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1:3857 vorliegt. Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden.

Ort, Datum

Rostock, 20.41.1992



Im Auftrag Möllet Unterschrift

Satzung der Gemeinde Kessin über den Bebauungsplan Nr. 3

für das Gewerbegebiet Beselin zwischen der Bundesstraße 103, der Gemeindegrenze zu Dummersdorf, dem Großen Moor und der alten Ackerzufahrt (Geltungsbereichsgrenze des Bebauungsplanes Nr. 1)